[illegible]

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

La Palmas,
feinster Sumatra mit hochfeiner Vuelta Havana-Einlage, preisgekrönt, überraschend feine Cigarre von selten guter Qualität. Das Beste, was bisher in Cigarren gleicher Preislage fabricirt worden ist, offerirt in Kisten, à 100 Stück 7 Mark 50 Pfg., Stück 8 Pfg.
A. E. Simon,
Pillnitzerstrasse,
Ecke Circusstrasse 24.

Damen empfehle ich als das beste und beliebteste
Weihnachtsgeschenk
für Herren, Cigarren, elegant verpackt, 25, 50 u. 100 Stück zu allen Preisen und bin zu event. Umtausch bereit.
H. v. Wehren, Seestraße 20.

Lederwaaren-Specialität!
Bernhard Rüdiger,
2 Wilsdruffer Strasse 2,
zunächst dem Altmarkt.

Julius Schädlich,
am See 40.
Petroleum-Lampen.
Kerzen-Kronleuchter.

W. Höffert, Königl. Sächsischer und Königl. Preussischer Hofphotograph,
Dresden, Kaufhaus, Seestrasse 10. Berlin, Leipzigerplatz 12.

Nr. 356. 30. Jahrgang. Auflage: 41,500 Expl. | Aussichten für den 22. Dec.: Windstill oder leichte von den örtl. Verhältnissen beeinflußte Strömung. Heiter und trocken. Temperatur Nachts unter Null. | Dresden, 1885. Dienstag, 22. Decbr.

Abonnement.

Die geehrten auswärtigen Leser der „Dresdner Nachrichten" (mit humoristischem Beiblatt) bitten wir das

Abonnement für das erste Quartal 1886

baldigst erneuern zu wollen, damit die Nummern ohne Unterbrechung weiter geliefert werden können.

Alle Postanstalten im Deutschen Reiche, in Oesterreich-Ungarn und im Auslande nehmen Bestellungen auf unser Blatt an.

Abonnement in Dresden bei der Expedition (incl. Bringerlohn **2 Mark 50 Pf. vierteljährlich**, bei den Kaiserl. Postanstalten im Deutschen Reichsgebiet **2 Mark 75 Pf.**, in der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie **2 Gulden 29 Kreuzer excl. Agiozuschlag.**

Expedition der „Dresdner Nachrichten".

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Kommt es oder kommt es nicht? — nämlich das Branntwein-Monopol? In den Zeitungen werden darüber die verschiedensten Meldungen verbreitet. Die einen wissen ganz bestimmt, daß die Hauptschwierigkeit, die der Einführung des Branntwein-Monopols entgegensteht (das Reservatrecht der süddeutschen Staaten in der eigenen Spiritusbesteuerung) beseitigt sei; andere Blätter berichten, daß die Verhandlungen darüber noch keineswegs zum Abschlusse gebracht seien, die Angaben über bereits erfolgte Abmachungen seien als reine Fantasiestücke anzusehen. Eine wiederholte Erfahrung der journalistischen Behandlung von Steuerfragen nöthigt uns zu der Behauptung: das Branntwein-Monopol kommt so sicher, wie Neujahr nach dem Sylvester. Einzelne Unterfragen mögen noch nicht zwischen Preußen einer- und Bayern und Württemberg andererseits geregelt sein — das läßt sich bis zu Neujahr schon ins Geschicke bringen, und in der ersten Januarwoche wird der Bundesrath sich mit dem Branntwein-Monopol beschäftigen können. Das offiziöse Vertuschungssystem ist wahrhaftig nicht mehr von Nöthen. Es hatte einen Sinn, so lange Bayern und Württemberg auf ihr Sonderrecht in der Spiritusbesteuerung Werth legten; da durften sie nicht durch Alarmschlagen der Presse schüchtern gemacht werden. Jetzt, da sie sich das Aufgeben ihres Sonderrechts mit Geld abkaufen lassen, sollten die halbamtlichen Zwangsschreiber ihr Versteckspiel aufgeben. Die süddeutschen Staaten machen durch Verzicht auf ihr Recht der eigenen Spiritusbesteuerung ein glänzendes Geschäft. In Süddeutschland wird bekanntlich viel weniger Schnaps getrunken als im Norden; man verbraucht dort weit mehr Bier, Wein und Obstweine; vertheilt man aber den Ertrag des Branntwein-Monopols nach der Kopfzahl der gesammten deutschen Bevölkerung, so fließen von dem stärkeren Schnapsverbrauch des deutschen Nordens erheblich höhere Summen in die süddeutschen Staatskassen. Das ist bereits in ganz gleicher Weise bei dem Kaffeezoll der Fall, den die norddeutsche Bevölkerung in weit höherem Maße als der Süden trägt, und eine kleine Ausgleichung findet höchstens bei der Zuckersteuer statt. Letzteres ist aber die eigene Schuld der Süddeutschen, denn sie haben keine nennenswerthe Zuckerindustrie bei sich eingerichtet. Kommt es daher zum Branntwein-Monopol, so können sich die Süddeutschen ins Fäustchen lachen; denn der Norden bringt durch seinen stärkeren Schnapsverbrauch für sie die Steuer mit auf. Bayern machte nur deshalb Schwierigkeiten, weil es besorgte, später werde es auch seine eigene Bierbesteuerung aufgeben müssen; es ließ sich jedoch beschwichtigen, zumal da es für sein Gebiet eine eigene Branntwein-Monopol-Verwaltung und außerdem in der Reichs-Monopol-Verwaltung eine besondere Vertretung zugesichert erhielt. Mit gleichen Konzessionen beseitigte Preußen auch den Widerstand Württembergs. Für Sachsen dürfte die Sache so liegen, daß es in der Reichs-Monopol-Verwaltung ebenfalls angemessen vertreten sein wird; eine eigene sächsische Monopolverwaltung dürfte wohl nicht zu erreichen sein, da Sachsen schon längst mit den anderen norddeutschen Bundesstaaten eine Branntweinsteuer-Gemeinschaft bildet.

So schlecht wie es von den Deutschfreisinnigen gemacht wird, ist das Branntwein-Monopol nicht. Es hat auch seine guten Seiten. Es ist kein Kunststück, einen gehässigen Schein darauf fallen zu lassen. Das deutsche Reich als Schnapsbrenner oder als Schnapshändler oder als Beides zugleich ist allerdings nicht gerade ein idealer Anblick. Der Gewohnheitssäufer kommt sich am Ende gar noch als besonderer Patriot vor, weil er die Reichseinnahmen durch Massenverbrauch von Schnaps steigert, während Mäßigkeitsvereine, welche die Trunksucht bekämpfen, als Schmälerer der Reichseinnahmen in den Verdacht der Reichsfeindschaft gerathen können. Einstweilen ist uns noch nicht klar, wie sich der Widerspruch lösen soll, in welchem sich die Monopolfreunde bewegen: sie erwarten vom Branntwein-Monopol hohe Einnahmen und doch eine Abnahme des Schnapsverbrauchs. Eins scheint das andere auszuschließen: bei größerer Mäßigkeit leiden die Reichseinnahmen, bei hohen Reichseinnahmen leidet die Mäßigkeit. Man erwartet vom Branntwein-Monopol einen Jahresertrag von 200 Millionen. Wird ein solcher erzielt, dann ist die Reichsregierung vom Reichstage fast unabhängig. Das Einnahme-Bewilligungsrecht verflüchtigt sich dann so ziemlich ganz. Diejenigen Parteien daher, welche die Reichsregierung in Abhängigkeit vom Reichstage erhalten wollen, werden gegen das Monopol stimmen. Das sind die bisherigen Oppositionsparteien, aber nicht vollständig. Vom Centrum ist es bekannt, daß die Großgrundbesitzer sich durchaus nicht ablehnend gegen den Monopolgedanken verhalten. Windthorst könnte es erleben, daß seine Partei sich spaltet und die reichliche Hälfte für das Monopol eintritt. Gute Folgen desselben würden es ja sein, wenn der Schnaps theurer und namentlich, wenn er besser würde. Der Staat dürfte unmöglich solchen Fusel in den Handel bringen, wie es jetzt manche Destilla-

teure thun. Die Landwirthschaft fände sich in ihrem hauptsächlichsten Nebengewerbe wesentlich erleichtert. Andererseits bedeutet der Uebergang eines bisher freien Gewerbes in den alleinigen Staatsbetrieb die Abhängigkeit ausgedehnter Erwerbsklassen von dem Reiche. Sowohl Spiritusbrenner wie die Verschänker und Verkäufer von Schnaps würden durch Verstaatlichung ihres Gewerbes in die direkteste Abhängigkeit von der Regierung gerathen. Es giebt also Gesichtspunkte genug, das Monopol zu bekämpfen. Trotzdem ist man in Berlin guten Muthes; die Zwangsschreiber verkünden triumphirend, die Thätigkeit des Reichstags werde nach Neujahr produktiver ausfallen, wie vor Weihnachten. Unter „Produktivität" verstehen die Herren nämlich die flotte Bewilligung von Mehrsteuern. Es ist eine alte Erfahrung, daß, wo irgendwo Millionen winken, gehörig Dampf dahinter gemacht wird. Wo sichs aber um Maßregeln handelt, die dem Schutze des Rechts und der Erhaltung der Volkskraft zu Gute kommen, da hängt Alles an Ketten und Banden. Wie stemmt man sich gegen die Sonntagsruhe! Wie gegen die Entschädigung unschuldig Verurtheilter! Der Reichstag leistet in solchen Dingen entschieden mehr als die Reichsregierung, muß sich aber trotzdem wegen seiner angeblichen „Unfruchtbarkeit" ausschelten lassen.

Am Montage beginnen die Verhandlungen der französischen Deputirtenkammer über die Räumung oder Behauptung Tonkins. Alles, was sich gegen die Fortsetzung der Tonkin-Expedition sagen läßt, faßt der von dem ersten Adjutanten Clemenceaus, von dem radikalen Pelletan verfaßte Bericht zusammen. Seine Gegner nennen dieses dicke Aktenstück mit seinen geschichtlichen Darlegungen, Zeugenaussagen und Schlußfolgerungen freilich nur ein Pamphlet, ebenso boshaft und unklar, als weitläufig und dabei doch mager. Das Eine zeigt der Bericht, daß die „Tonkinesen" den Franzosen eine unerträgliche Last aufgebürdet haben. Nach dem Friedensschlusse mit China mußte der Krieg in Tonkin erst recht aufgenommen werden, und er ist noch jetzt so wenig beendet, daß sich die Franzosen kaum über das Delta des Rothen Flusses hinauswagen dürfen. Seit dem Friedensschluß im April d. J. sind 14,000 Mann nach Tonkin gesendet worden und während dieser Zeit starben daselbst 3564 Franzosen. Ja, das französische Expeditionsheer zählt heute dort 3000 Mann mehr als zu der Zeit, wo die Franzosen China in offenem Kriege bekämpften. Dazu bringt Tonkin der französischen Staatskasse nichts ein. Selbst Cochinchina, in welche alte Kolonie Frankreich jährlich für 4—5 Millionen Waaren einführt, kostet ihm jährlich 10—12 Mill. Die Unterhaltung eines Expeditionsheeres in Tonkin würde den Franzosen in den nächsten 5 Jahren etwa 100 Mill. kosten und eine Civilverwaltung, an deren Einziehung noch gar nicht zu denken ist, beansprucht jährlich außerdem noch 5 Mill. Pelletan verlangt aber nicht blos aus diesen Gründen die Räumung Tonkins, sondern außerdem noch deshalb, um den Revanchekrieg gegen Deutschland vorzubereiten. Pelletan gehört zu den geschworenen Rächern Frankreichs für Elsaß-Lothringen und läßt sogar in seinem Berichte die Stunde schlagen, wo das große Werk der Wiedervergeltung beginnen könnte. Ferry, auch Chauvinist, ging nach Tonkin, um Frankreich eine Entschädigung für Elsaß-Lothringen zu verschaffen, und das jetzige Ministerium Brisson will diese Entschädigung nicht verloren geben lassen. Wie man sieht, wird in der ganzen Tonkinangelegenheit Deutschlands Sache verhandelt, und darum ist diese Angelegenheit trotz alles Gewirres in den französischen Köpfen für die Lage Europas brennend und für den deutschen Beobachter eine deutsche Frage. Das ist der Grund, weshalb wir immer wieder auf diese unerquickliche Komödie zurückkommen müssen. Denn eine Komödie ist sie immer noch; oder glaubt Brisson wirklich, daß Tonkin als ein Ersatz für Elsaß-Lothringen von den Franzosen gehalten oder je anerkannt werden würde? Es übersteigt eben die Kräfte Frankreichs, in Europa den Revanchekrieg vorzubereiten und gleichzeitig ausgedehnte, kostspielige auswärtige Eroberungen zu machen. Siegt das Ministerium Brisson, so tritt der Revanchekrieg etwas in den Hintergrund. Einstweilen übt der Ruf: „Die Ehre Frankreichs ist in Tonkin engagirt!" immer noch eine Zauberkraft, der französische Herzen schwer zu widerstehen vermögen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 21. Decbr.

Berlin. Leopold v. Ranke wurde an seinem heutigen 90. Geburtstage der Gegenstand hoher Auszeichnungen. Der König von Sachsen übersandte ihm das Großkreuz des Albrechtsordens und Se. Maj. der Kaiser widmete ihm sein Portrait, begleitet von einem huldvollen Glückwunschschreiben, ebenso beglückwünschte die Kaiserin den Jubilar. Der Kronprinz erschien persönlich zur Abstattung des Glückwunsches bei dem Gefeierten. Vom Staatsministerium ging ein vom Reichskanzler verfaßtes Glückwunschschreiben ein. Prof. Mauernbrecher überbrachte u. a. Glückwünsche von der Leipziger Universität, von welcher dem Jubilar vor fast 70 Jahren der Doktorhut verliehen worden war. Mauernbrecher erwähnte in seiner Ansprache u. a., daß von den Männern, die damals in Leipzig gewesen, Keiner mehr da sei. Aber auch die Epigonen derselben seien stolz darauf, daß Leopold v. Ranke ein Leipziger und nicht ein Berliner Doktor ist.

Berlin. Ueber die Berathung zur Zuckersteuer resp. über die Vorlage im Bundesrathe wird nachträglich bekannt, daß mancherlei Bedenken dagegen kundgegeben worden seien. Württemberg namentlich hätte sich gegen die Zulassung des Uebergangsstadiums erklärt, schließlich jedoch, da die übrigen Bundesstaaten zustimmten, den Widerstand fallen lassen. — Schwieriger gestaltete sich der Widerspruch gegen die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Arbeiter im landwirthschaftlichen und Forstbetriebe. Namentlich waren hier die süddeutschen Staaten zu mancherlei Abänderungsvorschlägen geneigt, welche indessen nicht die Zustimmung der Mehrheit fanden. Die süddeutschen Staaten gehen von der Erwartung aus, daß der Reichstag erhebliche Aenderungen an der Vorlage herbeiführen werde. Es wurde von süddeutscher Seite die Erklärung laut, daß die Fragen, welche das Gesetz lösen wolle, noch nicht spruchreif seien.

Paris. Die Aussichten auf einen Sieg des Ministeriums Brisson bei den parlamentarischen Debatten über die Tonkingkreditvorlage wachsen. Mehr als 50 Monarchisten sind angeblich entschlossen, sich der Abstimmung zu enthalten, wodurch die ministerielle Mehrheit gesichert würde. Bischof Reppel macht anscheinend erfolgreiche Propaganda für die Ansicht, daß kein gläubiger Katholik für das Aufgeben Tonkings stimmen dürfte. — Die auf den 28. Dezember festgesetzte Wahl des Präsidenten der Republik wird kaum besprochen, da die Wiederwahl Jules Grevy als zweifellos gilt.

Warschau. Das Urtheil des Kriegsgerichtes über die 29 angeklagten Nihilisten lautet gegen 6 auf Todesstrafe durch den Strang. Darunter befinden sich der Friedensrichter Bardowsky, der Militäringenieur Lury und der Student Kunicki. Ferner wurden zur lebenslänglichen Verbannung nach Sibirien die Militärs Jgelström und Sokolski, 18 der Angeklagten in 16jähriger, 2 zu 10jähriger und 1 zu 8jähriger schwerer Bergwerksarbeit in Sibirien verurtheilt.

London. Die „St. James-Gazette" will gleichfalls wissen, das Kabinet werde sofort nach Zusammentritt des Parlaments ein Vertrauensvotum verlangen. Das Kabinet sei bereit, das System der administrativen lokalen Autonomie Irlands zu erweitern, keinesfalls aber dem Projekte eines Iren-Parlaments zustimmen, gleichviel, welche Garantien dasselbe biete.

Die **Berliner Börse** eröffnete mit einer abwartenden Haltung. Das Hauptinteresse machte sich für Elbthalaktien geltend, die mit 6 Mark das Stück höher bezahlt und in größeren Beträgen genommen wurden. Auch für andere österreichische Bahnen bestand eine günstige Haltung. Deutsche Bahnen blieben vernachlässigt, die Kurse gestalteten sich aber besser. Spekulative Banken blieben still und veränderten sich wenig; dasselbe gilt von fremden Renten. Im weiteren Verlaufe wurden heimische Spekulationsbanken beliebter. Die Haltung im Kassaverkehr war ruhig und fest. Industrien wurden wenig beachtet. Kaliaktien gingen höher und österreichische Prioritäten wurden gut behauptet. Privatdiskont 3½ Proz.

Frankfurt a. M., 21. December. Credit 236⅝. Staatsbahn 230¾. Lombarden —,—. Galizier —,—. Egypter —,—. 4proc. Ungar. Goldrente —,—. Gotthardbahn —,—. Disconto 202¼. Darmstädter —. Still.

Wien, 21. December. Credit 291,60. Staatsbahn 275,60. Lombarden 133,75. Nordwestb. 169,25. Marknoten 61,97½. Ung. Credit 290,50. Fest.

Paris, 21. Decbr. Schluß. Rente 80,17. Anleihe 109,75. Italiener 97,60. Staatsbahn 560,00. Lombarden 280. do. Prioritäten —,—. Spanier 53,56. Oest. Goldrente —. Egypter 321,87. Ottomanen 507,50. Träge.

London, 21. December, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 99⅞. 1873er Russen 94¼. Italiener 96⅜. Lombarden 11⅛. Conv. Türken 14¼. 4proc. fundirte Amerikaner 126½. 4proc. Ungar. Goldrente 80⅞. Oesterr. Goldrente 88⅛. Preuß. Consols —. Egypter 63⅞. Ottomanbank 96¼. Suez-Actien 86¼. Platzdiscont 1⅞. — Stimmung: Fest. Wetter: Mild.

Breslau, 21. December, Nachm. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 Proc. pr. December-Januar 37,50, pr. April-Mai 40,10, pr. Mai-Juni 40,40. Roggen pr. April-Mai 127,00, pr. Mai-Juni 132,00. Rüböl loco pr. December 134,00, April-Mai —,—. Zink fest. — Wetter: Prachtvoll.

Stettin, 21. Dec., Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt). Weizen unverändert, loco 133—148, pr. December-Januar 155,00, pr. April-Mai 157,00. Roggen unverändert, loco 118—122, pr. December-Januar 124,00, pr. April-Mai 129,50. Rüböl matt, loco pr. December-Januar 44,00, pr. April-Mai 45,00. Spiritus matt, loco 38,50, pr. December-Januar 38,40, pr. April-Mai 40,70, pr. Juni-Juli 42,00. Petroleum loco 12,10.

Lokales und Sächsisches.

— Ueber das Befinden Ihrer Majestät der **Königin** meldet das „Dr. Journ.", daß höchstdieselbe zwar jeden Nachmittag außer Bett verbringt, eine wesentliche Zunahme der Kräfte aber noch nicht bemerkbar ist und daß auch die rheumatischen Schmerzen noch zuweilen wiederkehren.

— Gestern Vormittag um 9 Uhr haben in Gegenwart Sr. Majestät des Königs und ihres erlauchten Vaters die Prinzen **Johann Georg** und **Max** ein Examen in Mathematik, Lateinisch und Griechisch bestanden. Es examinirten die Herren Major Fischer und Hofrath Dr. Jacob.

— Gestern Mittag beehrten Ihre Kgl. Hoheiten **Prinz Georg** und Prinzessin **Mathilde** die böhmische Glaswaarenniederlage des Kgl. Hoflieferanten W. Wehle, Pragerstraße, durch Besuch und Einkäufe. — Im Auftrage Ihrer Maj. der Königin Carola besuchte am Sonnabend Herr Oberhofmarschall v. **Lüttichau** nebst Gemahlin die Kunstmöbelfabrik von Reichel und Heinze, Trompeterstraße 15 und bewirkte daselbst Einkäufe.

— Se. Kgl. Hoheit Prinz **Friedrich August** wird heute von Leipzig aus zum Weihnachtsfeste nach Dresden kommen. Die Studien, denen Se. Kgl. Hoheit mit rühmlichstem Eifer nachkommt werden zu Ostern ihren Abschluß finden, wo der Prinz dann nach Großenhain geht, um in das Husarenregiment einzutreten. Die Stellung des Major v. d. Planitz als militärischer Begleiter hat dann auch ihre Endschaft erreicht, da dann ein persönlicher Adjutant vom Range eines Premier-Leutnants dem Prinzen beigegeben wird.

— Bei Sr. Excellenz dem Herrn Staatsminister v. **Nostitz-Wallwitz** fand am Sonntag zu Ehren des Herrn Oberhofpredigers Dr. Kohlschütter ein Diner statt, an welchem die in evangelicis beauftragten Herren Staatsminister, der Herr Präsident des Landeskonsistoriums, die ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder des Landeskonsistoriums, sowie einige frühere Mitglieder des letzteren Theil nahmen.

— **Landtag.** In der gestrigen Sitzung der 2. Kammer nahm das Hauptinteresse der Etat der Kgl. Sammlungen in Anspruch. Die Hauptmomente aus dem Bericht der Finanzdeputation sind bereits mitgetheilt. Der Referent, Abg. Starke, gab einige Ergänzungen zu demselben. Man habe es der Finanzdeputation vielfach verargt, daß sie sich in keine Kritik des Zeughaus-Umbaues eingelassen habe. Ueber eine solche technische Frage zu Gericht zu sitzen, sei der Finanzdeputation jedoch unmöglich, und sie habe auch umso weniger hierzu Veranlassung gehabt, als der Bau korrekt nach den Beschlüssen der Kammer ausgeführt worden sei. Kaum je sei ein Bauwerk im Publikum so angefochten worden, wie das Zeughaus, er sei deshalb verpflichtet, die Anfechtungen richtig zu stellen, die gegen die Bauleitung erhoben worden seien, obgleich dieselbe sich mit einer Hingabe sondergleichen ihrem schweren Amte unterzogen habe. Der Referent verliest hierauf einen Artikel der „Dresd. Nachr.", welcher sich mit dem Zeughausbau beschäftigt und in dem es u. A. hieß: „Die Grundlage des Stils besteht darin, daß man aus einem alten Bauwerk in der Weise ein neues macht, daß man fast sämmtliche Steine, die dabei vermauert werden, herausnimmt, sie hübsch abputzt und dann wieder vermauert, jedoch mit dem Unterschiede, daß dort, wo das alte Bauwerk Schäfte hatte, das neue Fenster erhält, weshalb zum Ausgleiche da, wo das alte Bauwerk Fenster hatte, das neue Schäfte bekommt. Der Zweck dieses Tauschgeschäftes zwischen Fenstern und Schäften soll darin bestehen, daß das alte Kreuzgewölbe erhalten bleibt. Zwar wird dies auch nicht völlig der Fall sein, denn wo früher Wölbungen waren, wird künftig vielfach die Treppe sein." Thatsache sei nur, daß von den 81 Schäften des Baues ein einziger verrückt und eine Wendeltreppe herausgenommen worden sei. Die in dem Artikel gleichfalls gerügte Verplankung sei nothwendig gewesen, um den Bau gegen den Nord- und Ostwind zu schützen. (sic! Wenn in dem von uns seinerzeit gebrachten Artikel Uebertreibungen wirklich untergelaufen sind, so hat dies wiederum nur seinen Grund in der bei öffentlichen Unternehmungen schon so oft mit Bedauern wahrgenommenen Geheimnißkrämerei.) Auch in finanzieller Hinsicht seien die Angriffe gegen das Bauwerk nicht gerechtfertigt; am wenigsten die Behauptung, daß man für das viele Geld ein neues Gebäude hätte herstellen können. Das Zeughaus besitze 4500 Quadratmeter Flächenraum. Da ein Quadratmeter eines dreistöckigen Hauses mit Souterrain auf 400 Mark zu stehen komme, so würde ein Neubau 1,800,000 Mk. gekostet haben, während der Umbau nur auf 1,150,000 Mk. zu stehen komme. Er zweifle nicht, daß das neue Gebäude bald die öffentliche Meinung für sich gewinnen und ein würdiges Glied unter den öffentlichen Gebäuden Dresdens sein werde. Abg. Grahl stellt den Antrag, die für Vermehrung der

Vernickelungs-Anstalt
Schladitz & Bernhardt, Johannes-Allee 7, Café König.